

Hefte aus Burgscheidungen

Horst C. Herrmann

20 Jahre danach

Deutschland und der Geist von Potsdam



136

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945

Hefte aus Burgscheidungen

Horst C. Herrmann

20 Jahre danach

Deutschland und der Geist von Potsdam

136

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

Der „Geist von Potsdam“	6
Adenauer: „Ich habe auch meinen Alpdruck“	9
Der Weg wurde dem deutschen Volk gewiesen	11
Wer hat die letzten zwanzig Jahre genutzt?	13
Die beiden deutschen Staaten	16
„Friede sei ihr erst Geläute“	20
Die Grundtorheit unserer Epoche	24
„Hallstein-Doktrin“ — Fiktion und Friedensgefährdung	26
Die Pflicht der Deutschen	29
Der Freundschaftspakt von Moskau	32
Die Deutsche Friedensdoktrin	35

Schmerzliche Erinnerungen bewegen uns angesichts der Tatsache, daß in diesem Jahrhundert zwei grausame Weltkriege – Schuld des deutschen Imperialismus – unsagbares Leid über die Menschheit brachten. Die Befreiung unseres Volkes vom Faschismus und das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 verhießen einen Neubeginn für das ganze deutsche Volk. Dieses Abkommen aber wurde nicht in allen Teilen Deutschlands wirksam; zwei unterschiedliche Wege wurden seitdem in Deutschland eingeschlagen.

Solche historischen Reminiszenzen werden doppelt bedeutsam durch die Sorgen der Gegenwart. Die Vorräte an Atom- und Wasserstoffbomben, die in den letzten zwei Jahrzehnten angehäuft worden sind, haben phantastische Ausmaße erreicht. Ihre Zerstörungskraft ist – wie man errechnet hat – so groß, daß man bis über das Jahr 2100 hinaus tagtäglich soviel Explosionskraft auslösen könnte, wie sie die während des zweiten Weltkrieges insgesamt verwandten Sprengkörper, Granaten und Bomben besaßen. Angesichts dieser erschreckenden Tatsache erklärte zum Beispiel der Atomphysiker Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker 1963 bei Entgegennahme des Friedenspreises des westdeutschen Buchhandels zu Recht:

„Der Weltfriede ist notwendig. Wir werden in einem Zustand leben, der den Namen Weltfriede verdient, oder wir werden nicht leben!“

Leider ist diese wahre Erkenntnis noch längst nicht Allgemeingut geworden – leider gibt es noch immer hinreichend Politiker und infame Apologeten, die den Krieg als ein erlaubtes Mittel zur Lösung internationaler Konflikte ansehen, obwohl zu dem großen Kreis einflußreicher Mahner auch Papst Paul VI. zählt, der analog seinem Vorgänger Papst Johannes XXIII. wiederholt beschwörend warnte und in seinem Appell vom 26. August 1964 die gesamte Weltöffentlichkeit aufrief:

„Sollte nicht gerade die Wiederkehr des 50. und 25. Jahrestages der beiden Weltkriege, die die erste Hälfte unseres Jahrhunderts mit Blut gefärbt haben, Anlaß dazu sein, jene Friedensbotschaften (der Päpste) aufzunehmen und ihre lebendige und eindringliche Mahnung stets unter uns wachzuhalten?“

Die gleichzeitig von ihm ausgesprochene Mahnung an die Regierenden in der Welt, die Sicherheit der Völker nicht

„auf die furchtbare Gewalt massenmörderischer Waffen zu gründen, sondern auf gegenseitiges Verständnis, hochherziges beiderseitiges Vertrauen und auf den Geist grundsätzlicher Zusammenarbeit zum gemeinsamen Vorteil“,

ist zwanzig Jahre nach dem Abschluß des Potsdamer Abkommens hochaktuell und dringlicher denn je.

Zwanzig Jahre sind im Leben der Völker, in der Geschichte der Nationen ein relativ kurzer Zeitraum. Noch jedes neue Jahr weiteren zeitlichen Abstands zum Potsdamer Abkommen unterstreicht nicht nur seine hervorragende historische Bedeutung. Es enthielt grundlegende Prinzipien, um eine absolute Friedenssicherung herbeizuführen und die deutsche Nachkriegsfrage zu lösen. Die Tatsache, daß diese Prinzipien nicht durchgeführt wurden, rückt gerade in diesem Jubiläumsjahr so scharf wie kaum jemals zuvor in den Blickpunkt. Es gilt, für die komplizierten Probleme der Gegenwart Lösungen zu finden, die den Interessen der Völker und ihrem Sicherheitsbedürfnis gerecht werden.

Damals in Potsdam wurden Grundsätze und Konzeptionen vereinbart, denen zufolge der zweite Weltkrieg samt den Ursachen neuer Kriegsgefahren liquidiert werden, der Weltfrieden im Zeichen der friedlichen Koexistenz unbedingt vor der Gefahr neuer Aggressionen gesichert und ein neues, demokratisches, friedliches Deutschland in nationaler Einheit aufgebaut werden sollte.

Der „Geist von Potsdam“

Es war sicherlich kein Zufall, daß die großen Drei der Anti-Hitler-Koalition 1945 für ihr Treffen auf dem Boden des von ihnen gemeinsam besiegten faschistischen Deutschlands die Stadt Potsdam als Konferenzort wählten. Ohne Zweifel lag dem eine symbolische Absicht zugrunde, die mehr als nur äußerliche Ursachen hat. Immerhin hatten Militarismus und imperialistisches Preußentum in den Schlössern, Palais und Villen, in den Kasernen dieser Stadt über viele Jahrzehnte hinaus ihre Brutstätte gehabt. Das war der „Geist“, richtiger der Ungeist von Potsdam, der in Europa, in der Welt berüchtigt ist und gehaßt wird.

Es waren auch die Glocken der Potsdamer Garnisonkirche, die im März 1933 Hitlers Begegnung mit Hindenburg und

damit den Antritt der Nazis zur unumschränkten Macht offiziell einläuteten — jener Nazis, die wenig später den Kurs der Kriegsvorbereitungen und der permanenten Aggressionen einschlugen, der schließlich in die grauenhafte Katastrophe des zweiten Weltkrieges führte. Der Ungeist der herrschsüchtigen und aggressiven preußischen Junkerkaste, der auf Eroberungen bedachten deutschen Militaristen triumphierte damals — zum Leidwesen des eigenen Volkes, zum Leidwesen der anderen Völker, die für den Sieg eines neuen Geistes litten und kämpften: für den, der dann vom Schloß Cecilienhof ausging. Das umfassende Abkommen, das von den Repräsentanten der UdSSR, der USA und Großbritanniens am 2. August 1945 unterzeichnet wurde und dem wenig später Frankreich beitrug, hatte Antwort auf die Grundfrage zu geben, die nach diesem Weltkrieg die friedliebenden Menschen auf allen Kontinenten bewegte: Wie kann die Gefahr einer Wiederholung der grausamen Barbarei auf ewig gebannt werden? Wie ist eine Welt des Friedens zu schaffen, des gemeinsamen Zusammenlebens, die allen Menschen, gleich welcher Religion oder Hautfarbe, Freiheit von der Furcht vor Aggressionskriegen, vor Hunger, Not und Elend verbürgt? — Als Antwort hierauf stand im Potsdamer Abkommen an erster Stelle:

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

Da es weiter klar hieß:

„die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann“, um für immer „der Wiedergeburt des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen“ und endgültig „das deutsche politische Leben auf demokratischer Grundlage“ umzugestalten,

waren diese in Potsdam fixierten Erkenntnisse die Quintessenz aus den bitteren Erfahrungen der letzten fünf Jahrzehnte deutscher und internationaler Geschichte — Festlegungen zum Wohle und zum Nutzen der friedliebenden Menschheit. In diesem Geist verkörpert sich die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte in aller Welt, die unter immensen Opfern den Hitler-Faschismus besiegt und

den Frieden wiederhergestellt hatten mit dem Ziel, diesen Frieden fest und dauerhaft zu gestalten. So erhielt der Begriff „Geist von Potsdam“ einen neuen Sinn.

Die von der Anti-Hitler-Koalition aufgestellten und in völkerrechtlich gültigen Verträgen niedergelegten Grundsätze sind das positive Ergebnis von politischen Erkenntnissen, die sich als Lehren aus dem zweiten Weltkrieg ergeben hatten. Drei der wesentlichsten Errungenschaften dieser Entwicklung waren und sind: der Durchbruch der Volksmassen und die Anerkennung ihrer entscheidenden Rolle, das Bündnis der Anti-Hitler-Koalition sowie die Anwendung des Prinzips der friedlichen Koexistenz auf die Bemühungen um die künftige Sicherung des Friedens.

Die völkerrechtliche Anerkennung des Willens der Nationen, ihres Selbstbestimmungsrechts und ihrer Souveränität – das war die erste große Errungenschaft, die damals in Potsdam sichtbar wurde, den Beginn eines neuen, friedlichen Zeitalters ankündigend, und die ebenso aus den ersten Sätzen der Charta der Vereinten Nationen – am 26. Juni 1945 in San Franzisko beschlossen – spricht. Sie beginnt nicht mit der Aufzählung von vertragschließenden Kaisern oder Königen, sondern mit den Worten:

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen, entschlossen, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, . . . haben beschlossen, unsere Anstrengungen zur Verwirklichung dieser Ziele zu vereinen. Dementsprechend haben unsere jeweiligen Regierungen der vorliegenden Fassung zugestimmt . . .“

Der zweite Erfolg – erreicht durch den Willen der Völker – war das Zustandekommen der Anti-Hitler-Koalition, der gemeinsamen antifaschistischen Abwehrfront der westlichen Mächte und der Sowjetunion, eines kollektiven politischen und militärischen Vorgehens – getragen vom Willen der Völker – gegen die faschistische Aggression, bei dem die Sowjetunion die Hauptlast trug.

Die dritte Errungenschaft war die erstmalige vertragliche Anerkennung der historischen Idee von der friedlichen Koexistenz als alleiniger Möglichkeit, nach dem Krieg eine dauerhafte Friedenssicherung zu gewährleisten. Schon auf der Gipfelkonferenz in Teheran am 1. Dezember 1943 wurde feierlich versichert:

„Wir sind uns der hohen Verantwortung voll bewußt, die auf uns und allen Vereinten Nationen ruht, einen Frieden zu schließen, der die Geißel und den Schrecken

des Krieges für viele Generationen bannen wird . . . Wir scheiden von hier als Freunde in der Tat, in der Gesinnung und im Ziel.“

Und in der Proklamation von Jalta wurde am 11. Februar 1945 bewußt und klar bekannt:

„Unsere Zusammenarbeit hat unseren gemeinsamen Entschluß von neuem bestätigt, die Einheitlichkeit der Zielsetzung und des Vorgehens, welche den Vereinten Nationen den Sieg in diesem Krieg ermöglicht und gesichert hat, im kommenden Frieden aufrechtzuerhalten und zu stärken. Wir glauben, daß dies eine heilige Pflicht ist, deren Erfüllung unsere Regierungen ihren eigenen Völkern sowie den Völkern der Welt schulden.“

Adenauer: „Ich habe auch meinen Alpdruck“

Zwei Jahrzehnte sind seit den Konferenzen von Jalta und Potsdam, seit der Gründung der Vereinten Nationen und der einmütigen Annahme der UNO-Charta vergangen. Die von den vier Hauptsiegermächten im Potsdamer und in anderen internationalen Abkommen übernommenen Verpflichtungen zur Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus sowie zur Verhütung einer neuen deutschen Aggression sind ohne Zweifel – für die Westmächte in bezug auf die Bundesrepublik – noch heute verbindlich. Vertragliche Verpflichtungen können weder einseitig aufgehoben werden noch durch Nichterfüllung seitens eines Vertragspartners erlöschen.

Unter den derzeitigen Bedingungen, im Zeichen der Existenz zweier deutscher Staaten und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, besteht die erste und wichtigste Forderung an die Westmächte – um endlich den ihnen aus dem Potsdamer Abkommen erwachsenen Verpflichtungen in der Bundesrepublik nachzukommen – darin, dafür Sorge zu tragen, daß die Bundesregierung jegliche aggressive Zielsetzungen und alle Kriegsvorbereitungen aufgibt.

Wenn bereits am 11. Juni 1953 der damalige Bundeskanzler Adenauer in Abwandlung eines bekannten Ausspruchs von Bismarck erklärte: „Ich habe auch meinen Alpdruck. Er heißt Potsdam“, dann ist das der alte Ungeist von Potsdam.

Wenn die westdeutsche Zeitung „Die Freiheit“, Mainz, am 31. Juli 1964 zum 19. Jahrestag des Potsdamer Abkommens diese Prinzipien als einen „verhängnisvollen Vertrag mit . . . destruktiven Auswirkungen im Bewußtsein der deutschen politischen Öffentlichkeit“ bezeichnete und dabei unverhüllt

gegen den „Geist von Potsdam“ hetzte, der „keine Freiheit, keine Menschenwürde und keinen Gott kennt“, dann offenbart sich auch hier die alte revanchistische Ideologie. Ihre Repräsentanten geben heute in Westdeutschland noch immer den Ton an, und ihre Machtpositionen beruhen eben gerade auf der Nichterfüllung der Potsdamer Verträge in den Westzonen.

Da im Potsdamer Abkommen eindeutig festgestellt wird, daß das deutsche Volk unter Führung von Imperialisten und Militaristen keine Zukunft haben kann, genau diese Kreise aber heute im westlichen Deutschland wie einst regieren, gewinnen die Worte Walter Ulbrichts vom 12. Juni 1964 auf einer Kundgebung im Kongreßsaal des Kreml unerhört aktuelle Bedeutung:

„Die Sicherung des Friedens ist für das deutsche Volk zu einer Frage des Seins oder Nichtseins geworden.“

Das deutet auf die Notwendigkeit hin, die Nachkriegszeit mit ihrem kalten Krieg und ihren gefährlichen Spannungen durch eine sichere Friedensordnung in Europa abzulösen. Das deutsche Volk benötigt und verlangt den Friedensvertrag, der ihm nun schon zwanzig Jahre seit Beendigung des zweiten Weltkrieges von den Imperialisten auf Betreiben der Bonner Regierung noch immer verweigert wird. Auch die UdSSR erstrebt den deutschen Friedensvertrag, liegt es doch auch in ihrem Interesse, daß die in der Nachkriegsära bisher künstlich am Glimmen gehaltenen Überreste des zweiten Weltkrieges ausgetreten werden und der Weg für eine dauerhafte und gesicherte friedliche Koexistenz der Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen frei gemacht wird.

Das alles steht im Einklang mit den Beschlüssen von Potsdam, die den Lebensinteressen des deutschen Volkes entsprechen und die bis heute nur im östlichen Teil Deutschlands verwirklicht worden sind, bewußt und zum Nutzen für alle Völker. In diesem Zusammenhang sei an eine Äußerung des verstorbenen USA-Präsidenten Roosevelt, eines überzeugten Förderers der Koexistenz-Idee, erinnert, der in seinem Bericht über die Erfolge von Jalta vor dem amerikanischen Kongreß sagte:

„Dies bedeutet das Ende des Systems einseitiger Maßnahmen, exklusiver Allianzen, gesonderter Einflußsphären, des Gleichgewichts der Staaten und aller übrigen Hilfsmittel, die Jahrhundertlang hindurch versucht worden sind und sich nicht bewährt haben.“

Roosevelt hoffte wie viele auf eine vernunftvolle Nach-

kriegspolitik. Er und andere verantwortungsbewußte Politiker, vor allem aber die Völker, erhofften sich eine echte Verwirklichung der Potsdamer Prinzipien — nicht zuletzt das deutsche Volk, dessen viele Millionen Tote und dessen Ruinen eindringlich mahnten, ein friedliches, demokratisches und wahrhaft freies Leben aus den materiellen und geistigen Trümmern entstehen zu lassen. Der Wille war vorhanden — und auch völkerrechtsverbindliche Abmachungen, so die Vereinbarung von Jalta:

„Die Herstellung der Ordnung in Europa und der Wiederaufbau eines nationalen Wirtschaftslebens müssen in einer Weise zuwege gebracht werden, die es den befreiten Völkern gestattet, die letzten Spuren des Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen.“

Der Weg wurde dem deutschen Volk gewiesen

Das war die Anerkennung wirklicher Volkssouveränität und die Zustimmung zu den nationalen Plänen, die in allen Ländern von den antifaschistischen Widerstandsbewegungen entwickelt worden waren, so auch in Deutschland. Schon vor Beginn des zweiten Weltkrieges legte die KPD, die führende Kraft im deutschen antifaschistischen Widerstandskampf, auf ihrer Berner Konferenz am 1. Februar 1939 im Einklang mit dem Streben aller demokratischen Kräfte als Ziel für die Zeit nach Hitler fest:

„Die neue demokratische Republik wird den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen.“

Fast wörtlich ist das auch in den Potsdamer Beschlüssen zu lesen:

„Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen“ (III).

„Jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen“ (III a III).

„Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage ist vorzubereiten“ (III. IV).

„Das Erziehungswesen in Deutschland muß so über-

wacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden“ (III. 7).

„In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen, zu dezentralisieren“ (III B 12).

Der Weg wurde dem deutschen Volk in Potsdam gewiesen, um wieder „seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern“ einnehmen zu können. Allerorts in Deutschland war der Wille vorhanden, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen, endgültig den Verderbern der Nation abzusagen und zu einer nationalen Politik zu finden, die dem Friedens- und Sicherheitsbedürfnis auch der anderen Völker gerecht wird.

Doch die große Chance wurde nur im Osten Deutschlands genutzt. Leichtfertig vertan wurde sie bis zur Stunde im westlichen Teil, wo heute ein Unruhe- und Aggressionsherd existiert, der eine Umkehr der Potsdamer Prinzipien darstellt und dem mehr und mehr ein universelles Mißtrauen entgegengebracht wird.

Bezeichnend ist, daß schon am 5. Oktober 1945 Adenauer in einem Gespräch mit einem USA-Journalisten forderte, „sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden und ihn wirtschaftlich so eng wie möglich mit Frankreich und Belgien zu verflechten“ – und das, obwohl in Potsdam ein einheitliches Deutschland fixiert worden war! General Marshall ließ im Dezember 1947 über den Rundfunk wissen: „Zur Zeit ist an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken.“ So verwundert auch nicht, daß die „New York Herald Tribune“ befriedigt am 20. Dezember 1947 schrieb:

„Wir sind am Ende der Straße angelangt . . . Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen.“

Der verstorbene John Foster Dulles, infamste Personifizierung des kalten Krieges, enthüllte im Mai 1950 sein Verhalten gegenüber der UdSSR auf der ersten Außenminister-tagung der vier Mächte im September 1945 in London mit den Worten:

„In diesem Moment wurde unsere Nachkriegspolitik des ‚No Appeasement‘ geboren.“

Am 5. August 1945 hatte Alexander Uhl in der New Yorker Tageszeitung „P.M.“, noch beeindruckt von Potsdam, geschrieben:

„Das Potsdamer Abkommen ist noch nicht der endgültige Friedensvertrag. Es zeigt nur den Weg, aber es zeigt ihn klar zum Frieden und versucht nicht, Deutschland gleichzeitig als Schild gegen Moskau zu erhalten. Das Potsdamer Abkommen hat deshalb . . . nur ein Ziel: Friede – nicht Friede und zugleich Schutz vor Moskau. Das wird die Reaktionäre allüberall empören. Es hat sie bereits . . . Uneinigkeit unter den Alliierten wird es zerstören. Einigkeit kann vollbringen, was es vollbringen soll – Frieden.“

Höchst interessant ist es demgegenüber, sich der spalterischen Worte zu erinnern, die Konrad Adenauer dem damaligen französischen Hohen Kommissar François-Poncet am 21. August 1954 sagte:

„Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht.“

Wer hat die letzten zwanzig Jahre genutzt?

Zwanzig Jahre nach Potsdam – wer hat diese Zeit sinnvoll genutzt, und wer hat sie verantwortungslos vertan, wer hat sie mißbraucht zur Restaurierung jener dunklen Kräfte, die den Gang der Geschichte bremsen wollen und den Völkern noch immer Frieden, Ruhe und Sicherheit vorenthalten? Man vergleiche, wem es ernst ist mit diesen Vereinbarungen, mit dem neuen „Geist von Potsdam“, und wer ihn negiert und verfehlt! Das ist der Gradmesser der Politik, der untrügliche Maßstab, woher der eisige Wind des kalten Krieges weht und wo andererseits Koexistenz, Frieden, Freiheit und Demokratie wohlgeborgen sind.

Noch nie vernahm man aus dem Munde eines führenden westdeutschen Politikers Worte, wie sie zum Beispiel der damalige DDR-Außenminister Dr. Lothar Bolz vor der Volkskammer am 19. November 1964 aussprach:

„Unsere wichtigste Aufgabe im Kampf für die Sicherung des Friedens und die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz ist die Schaffung einer stabilen Friedensordnung in Mitteleuropa. Zwanzig Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges muß der Nachkriegszeit ein Ende gemacht werden. An ihre Stelle müssen wir eine neue Zeit, eine Zeit des friedlichen Zusammenlebens, der friedlichen Zusammenarbeit und des friedlichen Wettstreits der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung setzen.“

Darum geht es – um so mehr, da in Deutschland zwei Staaten mit grundverschiedenen Gesellschaftssystemen be-

stehen, deren Bürger mehr denn je nach Frieden, Koexistenz und nationaler Einheit drängen, aber dennoch nicht im gleichen Maß dafür eintreten können. Nach zwei Jahrzehnten tritt das – angesichts der makabren Notstandsgesetze und ihrer inneren und äußeren Gefährlichkeit – besonders kraß zutage. Das ist eine bittere Tatsache, die die Völker beunruhigt und sie klarer denn je die an diesem unhaltbaren Zustand Schuldigen erkennen läßt. Denn leider ist das deutsche – genauer: das westdeutsche – Problem voll von Gefahren für den Frieden.

Die Völker – nicht zuletzt die Bürger in beiden deutschen Staaten – wollen keineswegs, daß die ihrem Ende zugehende Nachkriegszeit etwa in eine neue Vorkriegszeit übergeht. Sie wünschen im Einklang mit dem Streben der gesamten Menschheit stabilen Frieden und Sicherheit – jene Koexistenz, die unverträglich ist mit der abstrusen Hallstein-Doktrin, mit multilateralen oder bilateralen Atomstreitkräften oder mit neokolonialistischer Expansion. Doch all das forciert die Bundesrepublik, forcieren die Herren von Rhein und Ruhr und die alten Hitler-Generalstäbler entgegen den Souveränitäts- und Freiheitsbestrebungen der Völker.

Der Weg der Bundesrepublik seit ihrer ominösen Gründung läßt keinen Zweifel daran offen, daß die Lehren aus dem 8. Mai 1945 und aus den Potsdamer Beschlüssen dort nie ernsthaft beherzigt worden sind. Schon damals sagten westdeutsche Industrielle und Finanziere, sie würden „den Status eines Dominions vorziehen“, weil er ihnen Schutz böte vor „der Gefahr des Kommunismus in ihren Gruben und Fabriken“. Sie tendierten bereits unmittelbar nach Kriegschluß gegen die in Potsdam festgelegte Einheit Deutschlands und gegen jede Verständigung, präziser gegen die Anti-Hitler-Koalition, die dem Willen der Völker und ihrem Befreiungskampf entsprungen war. Es war nicht nur eine Erfindung Dr. Kurt Schumachers, des Vorsitzenden der SPD, allein, als er am 25. August 1950 erklärte:

„Wir sind bereit, wieder Waffen zu tragen, wenn die Alliierten die gleichen Risiken und die gleichen Chancen im Krieg gegen die Sowjetunion teilen.“

Darum ging es und darum geht es ihnen: Krieg gegen die UdSSR, und dabei, wenn notwendig, bewaffneten Einfall in die DDR, um ihre demokratische und friedliche Entwicklung im Geist von Potsdam zu zerstören. Davon zeugen zahlreiche Pläne von den fünfziger Jahren an bis zum heutigen Tage. Es würde unseren Rahmen sprengen, wollten wir alle

Äußerungen, Pläne und Handlungen der Führungsschicht in Westdeutschland gegen Verständigung und Koexistenz, gegen einen Friedensvertrag und gegen das Potsdamer Abkommen auch nur aufzählen. Lassen wir nur den im November 1964 verstorbenen von Brentano sprechen, der 1959 auf der Genfer Außenministerkonferenz über die Deutschlandfrage im Gegensatz zu Dr. Bolz die deutschen Belange nicht im Konferenzsaal vor den Großmächten vertrat, aber schon am 28. Juni 1956 die bundesdeutsche Linie im Bundestag dergestalt plausibel machte: die Bundesregierung habe

„immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden (gemeint ist vornehmlich das Potsdamer Abkommen), vom deutschen Volk nicht anerkannt werden.“

Bonns revanchebesessener Verkehrsminister Seeborn sagte schon am 10. August 1953 in Ansbach:

„Der deutsche Osten schließt nicht nur die Elbe und Oder ein, sondern auch Böhmen und Mähren und alle Gebiete, in denen Deutsche einst siedelten.“

Er wurde assistiert von dem Kriegsverbrecher und Exminister Oberländer, der das Ziel der Bundesregierung dahingehend erläuterte:

„Wir sind angetreten, um den deutschen Osten wiederzugewinnen.“

Dabei weiß er sich eins mit dem heutigen Bonner Außenminister Dr. Schröder, der als Innenminister am 13. Juni 1953 erklärte:

„Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere deutsche Gebiet ist ein entzogenes und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß“ –

also auch im Westen Österreich, Südtirol, Elsaß-Lothringen oder Eupen-Malmedy!

Verträgt sich das etwa mit den Potsdamer Vereinbarungen, mit den anerkannten Theorien und Bestimmungen des Völkerrechts, mit der UNO-Charta oder mit den sich zusehends durchsetzenden Prinzipien der friedlichen Koexistenz, mit dem universellen Ringen etwa um kernwaffenfreie Zonen in aller Welt? Stellen wir nur eine Antwort entgegen: Als nach dem Hinscheiden von Wilhelm Pieck der Staatsrat der DDR gebildet wurde, sagte Walter Ulbricht am 26. September 1960 vor dem Diplomatischen Korps, die DDR werde alle Anstrengungen zur Sicherung des Friedens unternehmen, und hob besonders hervor:

„Die friedliche Koexistenz hat vor allem für die Bevölkerung der beiden deutschen Staaten größte Bedeutung; denn nur auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz ist es möglich, normale Beziehungen der beiden deutschen Staaten mit den anderen Völkern zu schaffen, die Abrüstung in Deutschland zu sichern und die Wiedervereinigung Deutschlands durch die friedlichen Kräfte der Bevölkerung beider deutscher Staaten herbeizuführen.“

Es soll hier nicht ausführlich auf die höchst unerfreuliche, für Frieden, Sicherheit und Wiedervereinigung schädliche Politik der Westmächte, vor allem der Amerikaner, eingegangen werden. Fest steht jedenfalls, daß ohne die aktive Teilnahme der westdeutschen führenden Kreise kaum derart gefährliche Kontraste im Herzen Europas entstanden und daß den Völkern in dieser Beziehung ihre nahezu ins Unerträgliche wachsenden Befürchtungen sicher erspart geblieben wären. Treffend sind die Worte von Generalsekretär Gerald Götting auf dem 11. Parteitag der CDU:

„Zweimal in diesem Jahrhundert haben sich die deutschen Imperialisten, die Verderber unseres Volkes und die gefährlichsten Feinde des Friedens in Europa, mit der Blutschuld an Millionen und aber Millionen Opfern ihrer wahnsinnigen Profit- und Eroberungspolitik beladen. Beide Male wollten sie dem deutschen Volk einreden, seine besondere Sendung bestehe darin, andere Völker zu unterjochen. Nicht genug damit, müssen wir heute feststellen, daß dieselben unheilvollen Kräfte in Westdeutschland wiederum ihre aggressiven Pläne mit dem übel berüchtigten ‚Sendungsauftrag‘ motivieren . . . Alle diese immer wieder von Bonn in die Welt posaunten Töne vom ‚Bollwerk gegen den Kommunismus‘ sind in Wirklichkeit aber nur der Ausdruck für die Eroberungsabsichten der Imperialisten und Militaristen.“

Die beiden deutschen Staaten

Zwanzig Jahre ist es her, seitdem der neue „Geist von Potsdam“ den Völkern rechtens zukunftsfrohe Hoffnung gab. 16 Jahre sind vergangen, seitdem sich die beiden deutschen Staaten im Westen und im Osten bildeten — wie sehr unterscheiden sie sich doch in ihrem Charakter!

Der eine deutsche Staat, die DDR, ist entstanden aus dem Ringen der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte um ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und der Freiheit, wovon sich Hunderttausende Besucher aus aller Welt privat und in offizieller Mission überzeugen konnten. Der andere deutsche Staat, die Bundesrepublik, setzt wahr-

haftig in jeder Beziehung die alte und verderbliche Politik des imperialistischen Reiches und zweier Weltkriege fort.

In der DDR regiert in allen Regionen das Volk, an dessen Spitze die Arbeiterklasse, die zahlenmäßig stärkste und progressivste Kraft des Volkes, steht. Das findet seinen für alle Welt beruhigenden Ausdruck in der Zusammensetzung des Parlaments, der Regierung, der Justizorgane, der Armee, der Polizei, nicht zuletzt im Bildungswesen — aber auch darin, daß die ökonomischen und kulturellen Reichtümer, die entscheidende Mehrzahl der Betriebe in Industrie und Landwirtschaft dem Volke gehören und von seinen Repräsentanten geleitet werden.

Das alles geschah entsprechend dem „Aktionsprogramm zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschland“ der KPD vom 11. Juni 1945; in Übereinstimmung mit ihm wurde im Gründungsauftrag der CDU vom 26. Juni 1945 ausgesagt:

„Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen . . . Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt . . . Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem Ruf zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.“

In der Bundesrepublik dagegen herrscht wie einst eine Minderheit — die der Bank- und Konzernherren, die den Staat lenkt und kontrolliert — über das Volk, das keinen Anteil hat an der Führung der Wirtschaft und der staatlichen Macht. Hitlergenerale und Monopole, die Hitlers Aggressionen finanzierten, sind wirklich keine verlässliche Garantie für Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung!

Es gibt wahrscheinlich kaum einen anderen Staat in der Welt, der seine Geburtsstunde so verleugnet wie der bundesdeutsche. Was und wann sollte auch gefeiert werden? Etwa der 15. September 1949, an dem sich Konrad Adenauer mit seiner eigenen Stimme, die den Ausschlag gab, zum Bundeskanzler kürte? Oder etwa der 8. April 1949, an dem die USA, Großbritannien und Frankreich in Washington die Vereinigung der von ihnen besetzten drei Zonen zu einem Bundesstaat beschlossen? Oder vielleicht der 7. September 1949, an dem sich in dem rheinischen Bundesdorf Bonn der drei Wochen vorher gewählte Bundestag konstituierte? Es ist den westdeutschen Prominenten offensichtlich fatal, offiziell die

Tage der Erinnerung an ihre Spaltungspolitik auch noch festlich zu begehen. Die Bonner Staatsgründung war beileibe kein Akt nationaler Selbstbestimmung, sondern ein Akt der Reaktion: der inzwischen offenkundig gewordene Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

In der DDR hingegen proklamierte die Provisorische Volkskammer am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik, setzte die Verfassung in Kraft und hob den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat aus der Taufe. Ein grundlegend neuer Staat war hier entstanden, dem die Völker vertrauen konnten und können und in dem Militarismus, Faschismus und Revanchismus, die unheimliche Macht der Monopole, Banken und Großgrundbesitzer mit allen Wurzeln gerodet wurden. So ist mit Fug und Recht der 7. Oktober ein nationaler Feiertag des ganzen deutschen Volkes, das vorerst nur hier seine Macht zum Wohle des Friedens ausüben kann.

Muß noch darauf verwiesen werden, daß allein schon die Gründung der DDR den Prinzipien von Potsdam gerecht wurde? Wohl kaum; aber es verdient hervorgehoben zu werden, daß sich weltweit die Erkenntnis durchsetzt: Hier, vom Osten Deutschlands, strahlt keine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Völker aus. Hier sind Koexistenz, Verständigung und Freundschaft mit allen Völkern Maximen einer Politik, die die Welt nach den blutigen Erfahrungen zweier Weltkriege erwarten durfte, denen aber in Westdeutschland noch immer die sichere Heimstatt verwehrt wird.

Über den Charakter der Potsdamer Vereinbarungen hatte es seinerzeit keine unterschiedlichen Auffassungen geben können. Wer dem Geist und dem Buchstaben dieses historischen Abkommens folgt, kann auch heute nur zu der Schlußfolgerung gelangen, daß es in der DDR getreulich und gewissenhaft erfüllt worden ist. Beispielsweise erhebt die DDR keinerlei Gebietsforderungen und tritt unermüdlich für die Garantie und Sicherung der bestehenden Grenzen in Europa ein. Die Bedrohung des Friedens in Mitteleuropa geht heute vor allem vom westdeutschen Regime aus, das als einziges in Europa Forderungen nach Grenzrevisionen als offiziellen Bestandteil des Regierungsprogramms hat und zahlreiche Institutionen zur Durchsetzung dieser wiederholt verkündeten Absicht unterhält.

Nun, die Völker wissen, was sie davon zu halten haben, wenn Rainer B a r z e l, Führer der CDU-Bundestagsfraktion,

auf dem 12. Bundesparteitag der CDU 1964 die „nationale Gangart“ erneut als „Hauptgefährdung“ der Bonner Politik bezeichnete. Dabei erinnerte er absolut verständigungsfeindlich an die These des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier auf dem 10. CDU-Parteitag 1961 in Köln, der „Nationalbewußtsein gleich dem Kampf gegen den Kommunismus“ setzte, und polemisierte dann:

„Die Pflege des Nationalbewußtseins dürfte darin liegen, die deutsche Jugend für den ‚heiligen Krieg‘ um die Freiheit, für die ‚Befreiung‘ der Lande bis an die Oder und Memel zu begeistern.“

Entspricht das auch nur im geringsten den Prinzipien von Potsdam? Lassen wir noch einmal Dr. Lothar Bolz zu Worte kommen, der am 19. November 1964 vor der Volkskammer unmißverständlich wissen ließ:

„Auch die Bonner Machthaber behaupten, für die Einheit Deutschlands zu sein. Sie jedoch verstehen darunter die Einheit, die zweimal zum Angriffskrieg auf den Frieden der Welt benutzt wurde. Wir wollen eine Einheit, die jeden Krieg ausschließt, unserem deutschen Volk den Frieden sichert und die anderen Völker vor einem deutschen Überfall bewahrt.“

In der DDR sind die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen geschaffen worden, die Sicherheit und Frieden gewährleisten und die dem antifaschistischen Widerstandskampf der Völker und den Beschlüssen von Potsdam gerecht werden. Die allgemein vorherrschende Meinung in der DDR, die zugleich die Politik der Regierung charakterisiert, besteht, wie sich die Besucher aus allen Erdteilen stets von neuem überzeugen können, darin:

Es ist notwendig, daß beide deutsche Staaten zunächst einmal ohne Vorbehalte ihre gleichberechtigte Existenz gegenseitig anerkennen und in gleichberechtigten Verhandlungen Wege für ihr friedliches Zusammenleben und für die Regelung möglichst vieler Fragen suchen, die beide deutsche Staaten und ihre Bürger berühren und interessieren. Ferner wird unbedingt notwendig sein, daß die beiden deutschen Staaten und ihre Bürger gegenseitig ihr Selbstbestimmungsrecht und die in den zwanzig Jahren nach Ende des zweiten Weltkrieges entstandene Lage anerkennen und auf dieser Grundlage ihre Annäherung und Verständigung suchen. Das nützt der universalen Friedensbewegung objektiv ebenso wie den nationalen Interessen des deutschen Volkes in Ost und West. Es ist Bilanz und Ausblick zugleich, wenn zum Beispiel in den Thesen zum 15. Jahrestag der DDR betont wird:

„Die DDR hat ihre Mission, Retter des deutschen Volkes vor einem neuen Krieg zu sein, ehrenvoll erfüllt. Das ist ihr historisches Verdienst. Sie wird auch künftig alle ihre Kräfte diesem edlen Ziel widmen.“

„Friede sei ihr erst Geläute“

„Friede sei ihr erst Geläute“ — so schrieb Friedrich von Schiller in seinem Poem „Die Glocke“. Doch Friedensklänge sind leider aus der Bundesrepublik nicht zu vernehmen. Die von führenden Bonner Politikern offen proklamierte Absicht der Eroberung und Einverleibung der DDR, das beharrliche Negieren aller Verständigungs- und Friedensvorschläge der DDR-Regierung und die unerhört forcierte Aufrüstung sind hinreichend Anlaß zu ernster Sorge. Das gefährliche Streben nach nuklearen Waffen aller Genres, die sture Ablehnung einer kernwaffenfreien Zone in Mittel- und Nordeuropa erinnern ebenso fatal an bekannte kriegerische Töne wie die ominöse „Studie über die Reorganisation des Bundesministeriums der Verteidigung und über die künftigen Aufgaben der Streitkräfte“ des Führungsstabes der „atlantischen“ Bundeswehrmacht im Frühjahr 1963, in der es heißt:

„Die schicksalhafte Aufgabe unseres Volkes liegt in der Wiedervereinigung mit der sowjetisch besetzten Zone und in den Bemühungen der Wiederherstellung des deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937 . . . Die Bundesregierung wird dann (wenn sie über Kernwaffen verfügen kann, d. V.) auch mit den Sowjets verhandeln, gestützt auf ein großes militärisches Potential einschließlich der modernsten Waffen. Nur so sind Fortschritte in der Wiedervereinigung der 17 Millionen in der Zone mit dem freien Teil Deutschlands zu erreichen . . .“

Solche mißklingenden, dem Frieden abholden Töne sind nur möglich in einem Obrigkeitsstaat, der nichts aus der Geschichte dieses Jahrhunderts gelernt hat und in dem Bank- und Konzerngewaltige, nazibelastete Militärs und Chauvinisten dominieren und dirigieren.

Selbst die Partei Adenauers hatte unter dem Druck des Volkes noch 1947 in ihrem „Ahlener Programm“ erklärt, die Schlüssel- und Grundstoffindustrien seien zu sozialisieren, und in der Einleitung versichert:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als

Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Seitdem jedoch hat sich im Westen Deutschlands eine bisher noch nicht dagewesene staatsmonopolistische Machtkonzentration etabliert, die wie einst im braunen Reich die Politik bestimmt. Da existiert erneut der riesige Polyp der Deutschen Bank, deren Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder 595 Aufsichtsrats- und Vorstandsposten in anderen Gesellschaften auf sich vereinen. Ihre Direktoriumsmitglieder und Beiräte bekleiden darüber hinaus noch weitere 1211 Vorstands- und Aufsichtsratsfunktionen. Allein 191 der auf dieser Art mit der Deutschen Bank liierten Gesellschaften repräsentieren über 50 Prozent des weltdeutschen Aktienkapitals. Ihr ungekrönter König ist der in Nürnberg verurteilte Kriegsverbrecher Hermann Abs, über den der Bericht des „Office of Military Government of the USA“ vom November 1946 sagte:

„Abs war der spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Nazi-Regimes verband. Die Deutsche Bank des Hermann Abs handelte wie eine Spitzeninstitution der deutschen Regierung und diente der wirtschaftlichen Durchdringung der Satelliten-Staaten und der in Europa besetzten Länder. Abs vergalt diese Begünstigungen, deren er und seine Bank sich erfreuten, indem er sich aktiv an den verschiedensten ins Leben gerufenen Organisationen und Wirtschaftskomitees beteiligte. Abs setzte seine ganze Kraft ein zur Ausdehnung der Herrschaft Deutschlands über Europa . . .“

Und in einer 1945 veröffentlichten Erklärung des amerikanischen Justizministeriums wird festgestellt:

„Abs ist einer der acht Finanz- und Industriegewaltigen, die den stärksten Einfluß auf die Orientierung der Hitler-Politik nach Totalitarismus ausübten . . .“

Ein im Jahre 1945 vom USA-Senat eingesetzter Unterausschuß unter Leitung des Senators Kilgore kam zu den Feststellungen:

„Es ist nicht wahr, daß die deutschen Großindustriellen sich erst im letzten Augenblick und halb gezwungen dem Nationalsozialismus anschlossen. Sie waren von Anfang an seine begeisterten Förderer.“

Die Unterstützung durch die deutsche Hochfinanz und Schwerindustrie ermöglichte dem Nationalsozialismus die Machtergreifung.

Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft und die fieberhafte Rüstung zum Angriffskrieg erfolgte unter der unmittelbaren Leitung der Industriellen“.

Der damalige Chef des Generalstabes und spätere Außenminister der USA, General Marshall, erließ am 23. März 1945 im Namen des Pentagons eine Anordnung zur „Denazifizierung wichtiger Geschäftsunternehmungen in Deutschland“. Sie enthielt rund 1800 Namen deutscher Finanz- und Industriekapitäne, über die gesagt wurde:

„Das sind Leute, die in hervorragender Weise unter dem Nationalsozialismus gediehen, ihn begrüßten, den Nazis zur Machtübernahme verhalfen, sie im Amt unterstützten, mit ihnen die Beute der Enteignung und der Eroberung teilten oder auf andere Weise aus dem Nazi-Regime Nutzen zogen . . .“

Verwundert es unter den derzeitigen Verhältnissen in Westdeutschland, daß einer der namentlich Genannten, der von einem USA-Militärgericht lediglich zu sieben Jahren Gefängnis verurteilte Friedrich Flick, heute wieder einer der Mächtigsten in der Bundesrepublik ist? Flick, Hitlers größter Produzent von Geschützrohren, der während der Nazi-Herrschaft in Deutschland mehr als eine Milliarde Reichsmark Profite erzielte, beherrscht heute durch umfangreiche Kapitalbeteiligungen 17 Aktiengesellschaften und 70 Gesellschaften anderer Rechtsform, darunter Daimler Benz AG., Krauss-Maffai AG. und Dynamit Nobel AG. Im Jahre 1963 erreichte der Flick-Konzern einen Gesamtumsatz von mehr als sechs Milliarden Mark und zählt damit zu den acht mächtigsten Monopolen Westdeutschlands.

Auf Flick und Abs mit den zahlreichen von ihnen abhängigen Banken und Trusten, die national und international wie ehemals intensiv am Rüstungsgeschäft profitieren, trifft voll und ganz zu, was in den bereits erwähnten Thesen zum 15. Jahrestag der DDR klipp und klar gesagt wird:

„In der Bundesrepublik ist die Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen des Finanzkapitals größer denn je. Der vollständige Übergang zum staatsmonopolistischen

Kapitalismus ist vollzogen und zum wichtigsten Merkmal des westdeutschen Imperialismus geworden . . .“

Wer wollte ernsthaft behaupten, daß man von ihnen reale Bekenntnisse und Taten für Frieden und Koexistenz oder gar für die Verwirklichung der Beschlüsse von Potsdam erwarten könnte?

„Sollte die Schuld dieser Angeklagten (der mit Hitler liierten deutschen Finanzhyänen, d. V.) nicht ans Tageslicht kommen und sie nicht entsprechend bestraft werden, so werden sie für den künftigen Frieden der Welt eine größere Gefahr darstellen als seinerzeit Hitler“,

so äußerte sich geradezu prophetisch der amerikanische Hauptankläger in den Nürnberger Prozessen von 1947. Aber das Entscheidende ist damals versäumt worden: ihnen ein für allemal ihre Machtbasis zu entziehen. Sonst hätte am 4. September 1964 die keineswegs progressive Stuttgarter Wochenzeitung „Christ und Welt“ nicht darauf verweisen können, daß 94 Männer des Finanzkapitals in der kombinierten Funktion als Vorstände und Aufsichtsräte den Kern der westdeutschen Wirtschaft rigoros beherrschen. Sonst hätte im Westberliner „Spandauer Volksblatt“ vom 6. September 1964 Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim von der Dahlemer Universität nicht zu zeigen brauchen, wie sich diese Macht in der „Demontage der Demokratie“ in Westdeutschland auswirkt; was von ihrem demokratischen Gehalt noch existiert, dürfte die „Ergänzung“ durch die verschiedenen Notstandsgesetze — die in Hitlers „Ermächtigungsgesetzen“ ihr schwarzbraunes Vorbild haben — nicht überleben, sorgt sich Prof. Flechtheim, um dann zu betonen, die Verfassung der Bundesrepublik sei der „langsamen Auszehrung“ verfallen. Und so wird auch die beklemmende Frage der „Frankfurter Rundschau“ verständlich:

„Und sind es nicht die kaum weniger mächtigen Interessengruppen, die über das Parlament und die Bürokratie in ganz erheblichem Umfang die ‚Staatsgewalt‘ ausüben?“

In der Tat ist die Bundesrepublik kein demokratischer Rechtsstaat, sondern ein Staat der Monopole, deren verschiedene Gruppen zur Zeit eine erbitterte Auseinandersetzung um die Formen zur Durchsetzung ihrer Politik führen. Sie alle haben — und das ist ihnen gemeinsam — von mächtigen Gruppen des internationalen Finanzkapitals unterstützt und vor allem von der amerikanischen Hochfinanz gefördert, unter Bruch der völkerrechtlichen Abkommen von Teheran, Jalta und Potsdam im Herzen Europas die alte Bastion des deut-

schen Imperialismus, des Antikommunismus und Revanchismus in den Westzonen restauriert. Über die von vornherein antikommunistische Zielsetzung in den Nachkriegsjahren — UNRRA, Marshallplan, Zuwendungen an die NATO u. dgl. — resümierte der USA-Ökonom und langjährige Regierungsberater Paul A. Samuelson:

„Fraglos lagen die Motive zu zahlreichen dieser Programme in unserer Furcht vor dem Kommunismus ...“

Die Grundtorheit unserer Epoche

Der Antikommunismus, die noch immer weit verbreitete Infektionskrankheit, die der große deutsche Romancier Thomas Mann einmal die „Grundtorheit unseres Jahrhunderts“ nannte, die Macht des Finanzkapitals und die nunmehr unverhüllte Revanchepolitik der Regierenden in Bonn haben zu einer permanenten Bedrohung des Friedens in Europa geführt. Die immensen Anstrengungen Bonns, gleich auf welchen Wegen, uneingeschränkte Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erreichen, verdeutlichen dies in aller Konsequenz.

Der in Westdeutschland vor sich gehende Prozeß der Konzentration ökonomischer und politischer Macht verstärkte in den letzten fünfzehn Jahren — nicht zuletzt durch die Mitgliedschaft der Bonner Republik in der NATO und der EWG — die Voraussetzungen für bedrohliche Entwicklungen in Richtung auf ein obligarchisches Machtregime. Die autoritären Züge des westdeutschen Staates sind markant sichtbar, und das Bonner Grundgesetz wird mehr und mehr zu einer Farce. Dafür sorgen schon Innenminister Höcherl und die Notstandsgesetze, die sogar die USA-Nachrichtenagentur UPI eine „Magna Charta des Krieges“ nannte.

Auf dieser Linie liegen zum Beispiel das am 1. Januar 1962 in Kraft getretene westdeutsche Zollgesetz und seine amtliche Begründung. Danach werden hoheitsrechtliche Ansprüche nicht nur gegenüber der DDR und Westberlin, sondern auch hinsichtlich der polnischen Westgebiete und der UdSSR erhoben.

Aus dem neuen westdeutschen Strafgesetzbuch spricht ebenfalls die Revanchepolitik. So wird zur Festlegung des Geltungsbereiches „Inland“, also für den Begriff „Bundesrepublik“, folgende amtliche Erläuterung gegeben:

„Das Inland umfaßt nach der gegenwärtigen völkerrechtlichen Lage außer den Gebieten, die zum räum-

lichen Geltungsbereich des Strafgesetzbuches gehören, auch solche, die außerhalb dieses Geltungsbereiches liegen. Dazu gehören die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, der sowjetische Sektor von Berlin und die übrigen Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehen.“

Offensichtlich sollen also die Bürger der DDR, Volkspolens und der UdSSR westdeutschen Notstandsgesetzen und westdeutscher Nazi-Rechtsprechung unterworfen werden! Einer „Rechtsprechung“, die von jenen braunen Juristen ausgearbeitet wurde, die auch in den von den Nazis okkupierten Ländern ihr tödliches „Recht“ sprachen, die heute noch in führenden Staatsstellen der Bundesrepublik sitzen, wie Prof. Albert Norden auf der internationalen Pressekonferenz Anfang Juli 1965 nachwies und wie aus dem dort ausgegebenen Braunbuch ersichtlich ist — und denen in Potsdam vor zwanzig Jahren schon das Urteil gesprochen wurde! Ein Urteil allerdings, das in Deutschland bisher nur im Osten vollzogen worden ist. Diese Braunen und Schwarzen, mit und ohne Totenkopf, amtieren in der Justiz, in der Armee, in der Polizei, im Auswärtigen Amt ebenso wie in der Wirtschaft Westdeutschlands noch immer und ungeniert, obwohl sie gemäß den Potsdamer Beschlüssen zu entmachten und aus sämtlichen einflußreichen Positionen zu entfernen waren.

Hitlers Elitekommandeure prägen das Gesicht der Bundeswehrmacht — allein ein Name wie Trettner ist schon ein Programm. Die Reaktionen in aller Welt zeigen, daß die Welt zu verstehen beginnt. Verständlich auch deswegen, da schon mehr als 30 Bundeswehrgenerale mit Hitlerscher Aggressionserfahrung in Schlüsselstellungen der NATO-Stäbe operieren, vornehmlich in operativen und Planungsfunktionen, die ganz in Bonns Verfügungsgewalt übergehen sollen, wie aus dem jüngsten Geheimdokument MC 100/1 hervorgeht, das vom Nazigeneral Ferber ausgearbeitet wurde.

Die Ribbentrop-Diplomaten, die zu 80 Prozent den Auswärtigen Dienst auch in den Bonner Botschaften beherrschen, dokumentieren nur erneut die Ignorierung der Forderungen des Potsdamer Abkommens nach ihrer restlosen Ausbootung. In diesem Zusammenhang verdient an eine internationale Pressekonferenz erinnert zu werden, die im Dezember 1961 in Berlin stattfand und auf der der heutige Außenminister Otto Winzer an Hand überzeugender Dokumente und Fotokopien die Durchsetzung des Bonner Auswärtigen Amtes mit alten Nazidiplomaten nachwies und erklärte:

„Niemand kann den Versicherungen der Friedfertigkeit der Bonner Regierung Glauben schenken, solange die Träger der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus die westdeutsche Wehrmacht kommandieren und Inhalt und Ziele der westdeutschen Außenpolitik bestimmen. Die Deutsche Demokratische Republik ist der deutsche Friedensstaat nicht zuletzt deshalb, weil in ihr die Träger der revanchistischen Außenpolitik und der imperialistischen Kriegspolitik restlos und für immer ausgeschaltet sind.“

Aber auch das ist eine – von zahllosen anderen – Stellungnahme zum Potsdamer Abkommen, die Adenauer am 11. Juni 1953 vor dem Bundestag abgab und zu der sich Erhard, Schröder und viele andere Prominente in Bonn unvermindert bekennen:

„Ich bin sehr glücklich darüber, daß zwischen den Parteien Einmütigkeit besteht, daß der Inhalt des Potsdamer Abkommens aufs schärfste abgelehnt werden muß.“

„Hallstein-Doktrin“ – Fiktion und Friedensgefährdung

Zu dieser abstrusen Bonner Politik gehört zweifellos die „Hallstein-Doktrin“. Bonns Politiker und Diplomaten versuchen verzweifelt, ihre Fiktion aufrechtzuerhalten, wonach jeder Staat die Bundesrepublik als alleinigen und einzig rechtmäßigen deutschen Staat zu respektieren hat, anderenfalls entsprechende Sanktionen erfolgen müßten.

In ihren Methoden zur Durchsetzung dieser brüchigen Doktrin ist die Bonner braune Diplomatie wenig wählerisch, obwohl ihr doch ihre größte diplomatische Niederlage, die im arabischen Raum, zu denken geben müßte. Dennoch reicht ihr Instrumentarium weiterhin von politischen und ökonomischen Verlockungen über den massiven Einsatz beträchtlicher wirtschaftlicher Potenzen bis zu groben politischen Drohungen und Erpressungen, die im eklatanten Widerspruch zum Völkerrecht und zu internationalen Gepflogenheiten stehen. Aber dessenungeachtet ist diese irrealer Doktrin keineswegs ein Ausdruck der Stärke, sondern im Gegenteil der Schwäche der internationalen Positionen des westdeutschen Staates. Ihr Zusammenbruch – und er erscheint als unaufhaltsam – ist zugleich die völlige und endgültige Niederlage der gesamten außenpolitischen Konzeption – soweit von einer solchen überhaupt zu sprechen ist – der Bundesrepublik.

Die NATO-Staaten haben sich zwar offiziell der „Hallstein-

Doktrin“ verschrieben, doch ihr Unbehagen wächst. Sie bekommen immer deutlicher zu spüren, daß Bonn sie in den Beziehungen zur DDR als unliebsame Konkurrenten betrachtet, die es gerade mit Hilfe der „Hallstein-Doktrin“ auszuscheiden sucht. Im übrigen setzt sich Bonn in seinen noch lockeren Beziehungen zu den europäischen sozialistischen Ländern jeweils dann und dort über die eigene anmaßende Doktrin hinweg, wann, wie und wo es vorteilhaft erscheint – ohne allerdings mit dem dabei verfolgten Nebenaspekt, die DDR von den Bruderländern zu isolieren, Aussicht auf Erfolg zu haben.

Auch folgendes ist in Verbindung mit dem Potsdamer Abkommen zu sehen: Wer ehrlich Frieden und Sicherheit will, muß für die Entwicklung normaler, gleichberechtigter Beziehungen zu beiden deutschen Staaten sein. Wer Frieden und Sicherheit wünscht, muß die Anmaßung des westdeutschen Staates, allein ganz Deutschland repräsentieren zu wollen, zurückweisen, diese irre Anmaßung jenes Staates, in dem die nazistischen Kriegsverbrechen verjähren sollen und in dem Kriegs- und Naziverbrecher noch immer entscheidende Positionen bekleiden. Die von den Völkern erwartete Antwort darauf gab die Regierung der DDR mit ihrem von der Volkskammer einmütig beschlossenen Gesetz vom 1. September 1964 über die Nichtverjährung dieser Verbrechen. Sie befindet sich auch hier in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, dem Potsdamer Abkommen und der UNO-Charta, so wie im Appell der Volkskammer an alle Staaten der Anti-Hitler-Koalition am gleichen Gedenktag erhoben wurde:

„Wäre das Potsdamer Abkommen wie in der Deutschen Demokratischen Republik auch in Westdeutschland verwirklicht, würde die ganze deutsche Nation ein bedeutender Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa sein. Dann gäbe es heute keinen Revanchismus mehr, der die Grenzen anderer Staaten in Frage stellt und die internationale Atmosphäre vergiftet. Leider vollzog sich die Entwicklung im Westen Deutschlands anders ... Frieden und Sicherheit erfordern die Anerkennung der Realitäten, wie sie nach dem zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden entstanden sind.“

Dazu gehört auch das Recht der DDR auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen – ein Recht, das im Potsdamer Abkommen fixiert wurde, das sie sich in den vergangenen zwanzig Jahren in jeder Hinsicht erworben hat und das besonders erhärtet wird durch den bedeutsamen Aspekt: die DDR strebt nicht – im Gegensatz zur Bundesrepublik – den

Besitz von Kernwaffen an. Wenn der Friedensrat der DDR im „Ruf zur Tat“ des Weltfriedensrates Anfang vergangenen Jahres betonte:

„Abrüstung und nationale Befreiung, Sicherung der Gleichberechtigung und Souveränität ergänzen einander im Kampf für den Frieden. Sie stärken einander. Gemeinsam können sie dazu beitragen, die Unabhängigkeit und Sicherheit herauszustellen, in der allein der Frieden gedeihen kann und jede Nation sich voll entwickeln kann“,

dann gilt dies in jeder Hinsicht auch für eine UNO-Mitgliedschaft der DDR, jenes Staates also, der einen Rechtsanspruch darauf hat, weil – wie der damalige Außenminister Dr. Bolz auf dem Festakt zum 10. Jahrestag der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen der DDR hervorhob –

„die Universalität der Organisation ein Rechtsprinzip ist. Sie hat ihn vor allem, weil sie sich im täglichen internationalen Leben unermüdlich für die Ziele und Grundsätze, für die Erfüllung der Charta der UNO einsetzt.“

Die Verletzung des Prinzips der Universalität ist ein Überrest des kalten Krieges, der ebenso überwunden werden muß wie die unterschiedliche Behandlung der beiden deutschen Staaten. Die Bundesrepublik ist tatsächlich schon seit zehn Jahren in den Spezialorganisationen der Vereinten Nationen vertreten, in denen jedoch der DDR die Ausübung ihrer Mitgliedschaft rechtswidrig verwehrt wird. Die deutsche Wiedervereinigung ist aber dadurch keinen Schritt nähergerückt, obwohl so oft im hallstein-doktrinären Sinne im Westen so argumentiert wird!

Dabei hätte die UNO-Mitgliedschaft der deutschen Staaten vielseitigen Nutzen. Sie würde der Festigung des Friedens, der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz und der weiteren Entspannung dienen. Eine Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Organisation der UNO würde es, wie Dr. Bolz auf dem genannten Festakt weiter ausführte, überdies erleichtern,

„in wirksamer Form auf eine friedliche Entwicklung in diesem Staat hinzuwirken. Mitteleuropa, auf dessen Gebiet beide deutsche Staaten und das besondere Gebiet Westberlin liegen, ist ein zentraler Spannungsherd in der Welt. Gerade hier müssen rechtzeitig weitere Garantien gegen die Entfesselung eines neuen Weltkrieges durch die westdeutschen Militaristen geschaffen werden . . .“

Die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen und der Abschluß eines deutschen

Friedensvertrages sind der Form nach verschiedene, dem Wesen nach gleichartige Schritte zur Sicherung des Friedens . . .“

Die Pflicht der Deutschen

Heinrich Mann hat einmal in einem Brief an Wilhelm Pieck diesen einfachen Satz geprägt: „Pflicht der Deutschen ist es, endlich an ihr Glück zu denken.“ Dieses Glück ist der Frieden; aber er ist nicht unser Glück allein – und schon deshalb kann kein Mensch in der Welt etwas gegen dieses Glück der Deutschen einwenden. Aber sie müssen endlich das Richtige und Erforderliche tun. Es geht also letzten Endes um die Sicherung des Friedens, um Entspannung und Koexistenz. Das bestimmte schon das Postdamer Abkommen, und darauf ist von Anfang an die Politik der DDR zielbewußt gerichtet – zum eigenen und zum Nutzen aller Völker.

Von Bonn kann man das beim besten Willen nicht sagen. Auch der westdeutsche Kanzler Ludwig Erhard hielt beispielsweise am Vorabend des 25. Jahrestages des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges eine Ansprache und behauptete, Deutschland werde seinen Beitrag zum Frieden leisten. In seiner Rede tönte es zwar viel vom Frieden, doch sie enthielt – wie üblich – keinen einzigen konstruktiven Beitrag, der wirklich der Sicherung des Friedens nutzen könnte. Ein ernsthafter Beitrag wäre eine verbindliche Erklärung der Bonner Regierung analog dem Bekenntnis der DDR-Regierung zum Verzicht auf die Atomrüstung, eine Absage an die Beteiligung an multilateralen Kernwaffen-Streitkräften oder die Zustimmung zu einem Rüstungsstopp und einer systematischen Senkung der immensen und unablässig steigenden Bonner Rüstungsausgaben. Aber nichts dergleichen.

„Als Vertreter der Friedenskräfte des deutschen Volkes“ – so versicherte dagegen Walter Ulbricht an jenem denkwürdigen 1. September 1964 –

„bedauern wir, daß der westdeutsche Bundeskanzler ausdrücklich die Spaltung Deutschlands verherrlichte. Er erklärte, daß sich seit 1949 – also seit der Spaltung Deutschlands durch die Bildung des westdeutschen Separatstaates – die Bundesregierung neue politische Ziele gesetzt und sie angesteuert habe. Die völlige politische und militärische Integration in die NATO wird als untrennbar bezeichnet und gefeiert. Verbindet man damit die Forderungen der herrschenden Partei in Westdeutschland, der CDU/CSU, auf Wiederherstellung der Grenzen

von 1937 und die Eingliederung der DDR in die NATO, dann kann man wirklich keinen Willen zu einer deutschen Politik der friedlichen Verständigung erkennen.“

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR legte bei dieser Gelegenheit – nicht zum erstenmal – konkrete Vorschläge zur Entspannung und Verständigung auf den Tisch, die dem Frieden und damit dem Glück aller Völker nutzen und die ohne Mühen und ohne Prestigeverlust beiderseits zu realisieren wären:

● Gleichberechtigte Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierungen der DDR und der Bundesrepublik über den Abbau des kalten Krieges, über einen Rüstungsstopp, den Verzicht auf die Atomrüstung und über die notwendigen Kontrollmaßnahmen;

● Bildung gemeinsamer Kommissionen, die der Einleitung und Entwicklung einer sachlichen Zusammenarbeit dienen. Ihre Aufgabe wäre es, gegenseitig interessierende Fragen zu beraten, Vorschläge zu erarbeiten und sie den Regierungen zu unterbreiten;

● Bildung eines Deutschen Rates, der sich paritätisch aus Vertretern der Parlamente zusammensetzt, als Organ der Annäherung und Verständigung;

● gemeinsame Beratungen der Regierungen beider deutscher Staaten über einen Vorschlag an die vier Mächte, nunmehr den Abschluß eines Friedensvertrages vorzubereiten.

Ohne Ausnahme sehnen sich die Völker nach Frieden. Beide deutsche Staaten sind verpflichtet, ihren Beitrag zum Frieden zu leisten. Dieser Beitrag ist von nicht geringer Bedeutung; denn hier – im Herzen Europas – wirkt sich jeder Schritt zur Entspannung besonders wohltuend auf die internationale Atmosphäre aus. Da gegenwärtig die Bundesregierung leider noch nicht zu Verhandlungen über eine umfassende Sicherung des Friedens und eine Lösung der deutschen Frage gewillt ist – die zahlreichen üblen Revanchereden der Bonner Prominenz am 17. Juni 1965 und die vom Bundestag angenommenen Notstandsgesetze deuten weiter darauf hin –, sollten die beiden deutschen Staaten wenigstens einige erste Maßnahmen zur Minderung der Spannungen und zur Abrüstung treffen.

Denn Potsdam mahnt seit schon zwanzig Jahren – vergebens bisher an Rhein und Ruhr, erfolgreich zwischen Elbe und Oder/Neiße. Zahlreiche sinnvolle Vorschläge der DDR sind weiterhin an Bonn gerichtet und drängen auf ihre Realisierung,

um die bislang von der westdeutschen Regierung aufgetürmten Vorwände und Hindernisse beiseite zu räumen und um ein wärmeres Klima für weitere Schritte zur Entspannung und Festigung des Friedens zu erreichen. So könnten sich beide deutsche Staaten durch selbständige Erklärungen verpflichten,

● weder auf eigenem Hoheitsgebiet noch auf dem Gebiet anderer Staaten selbst oder mit fremder Hilfe Kernwaffen zu produzieren, Kernwaffen oder diesbezügliche Produktions- und Forschungsunterlagen weder zu erwerben noch anzunehmen;

● in keiner Form direkt oder indirekt über dritte Staaten oder Mächtegruppierungen allein oder im Bunde mit anderen Staaten danach zu streben, Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen;

● in keiner Weise an Versuchen mit Kernwaffen teilzunehmen;

● Kernwaffen jeglicher Art auf dem eigenen Hoheitsgebiet weder zu stationieren noch durch dritte Staaten oder Mächtegruppierungen stationieren zu lassen;

● Kernwaffen niemals selbst oder über dritte Staaten oder Mächtegruppierungen zum Einsatz zu bringen.

Und entsprechen nicht die folgenden Vorschläge der DDR an Bonn ebenfalls dem Geist von Potsdam, der sich allerdings noch nicht gegen die eisigen Westwinde des kalten Krieges durchgesetzt hat?

● Beide deutsche Staaten wenden sich an die vier Mächte des Potsdamer Vertrages mit der Aufforderung, beide deutsche Staaten als dauernd kernwaffenfreie Gebiete zu achten und, soweit sie Kernwaffen auf deutschem Boden stationiert haben, diese zurückzuziehen;

● beide deutsche Staaten nehmen eine wesentliche Reduzierung ihres Militärbudgets vor;

● entsprechend den Vorschlägen der Sowjetunion erklären sich beide deutsche Staaten bereit, auf Gewaltanwendung bei der Regelung strittiger Fragen zu verzichten;

● beide deutsche Staaten treten für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages ein;

● sie unterstützen den Vorschlag der Volksrepublik Polen über das Einfrieren der nuklearen Rüstungen in Mittel- und Osteuropa;

● auf der Grundlage einer Vereinbarung über das Einfrieren der nuklearen Rüstungen erklären beide deutsche Staaten ihre Bereitschaft, einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa beizutreten;

● beide deutsche Staaten erklären sich bereit, zur Einhaltung der Abrüstungsverpflichtungen eine internationale Kontrolle auf ihrem Territorium zuzulassen, die sich paritätisch aus Vertretern der NATO und des Warschauer Vertrages zusammensetzt

Niemand würde durch solche Maßnahmen etwas verlieren; aber das deutsche Volk und die Völker in aller Welt würden Ruhe und Sicherheit gewinnen. Absolut recht hat die amerikanische Nachrichtenagentur AP, die hervorhob, daß die DDR in der Rede Walter Ulbrichts „als einziger friedlicher Befolger der Potsdamer Beschlüsse und die Bundesrepublik als möglicher Ausgangspunkt für einen dritten Weltkrieg“ charakterisiert werden. In der Tat, es ist so, wie im DDR-Appell zum Weltfriedenstag betont wird:

„Zunächst und vor allem muß sichergestellt werden, daß weder in unserer Zeit noch in der Zukunft ein Krieg von deutschem Boden ausgehen kann. Die Hauptbedingung der nationalen Wiedervereinigung besteht in der Sicherung und der Garantie des Friedens für das deutsche Volk ... Also: Wiedervereinigung zur Sicherung des Friedens und niemals Wiedervereinigung für Revanchismus und Krieg — das ist der Kern der nationalen Frage der Deutschen ...“

Der Freundschaftspakt von Moskau

Der Appell der Volkskammer der DDR an alle Staaten der Anti-Hitler-Koalition stellt klar:

„Die Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition wurden nur im Osten Deutschlands, auf dem Gebiet der DDR, erfüllt. Für immer wurde hier den Triebkräften einer aggressiven, revanchistischen Politik der Boden entzogen. Die DDR beherzigte die Lehren zweier Weltkriege. Ihre Politik ist eine Politik des Friedens. Ihre Außenpolitik erstrebt die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, normale und freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten.“

Das ist für alle verständlich und liegt im Interesse des Friedens, im Interesse aller Völker. Der Freundschaftsvertrag zwischen der DDR und der UdSSR vom 12. Juni 1964, der zunächst eine Gültigkeitsdauer von 20 Jahren hat, entspricht ihren Hoffnungen und ist von großer nationaler und inter-

nationaler Bedeutung. Er legt zugleich die Unantastbarkeit der Grenzen der DDR als einen der Grundfaktoren für die europäische Sicherheit ausdrücklich fest. Im Artikel 4 bekräftigen beide Partner „ihre feste Entschlossenheit, in Übereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand die Unantastbarkeit dieser Grenzen gemeinsam zu gewährleisten“.

Der Vertrag, zu dessen einjährigem Bestehen führende Repräsentanten der DDR und der UdSSR seinen Inhalt und seine Wirksamkeit bekräftigten, trägt voll und ganz der Tatsache Rechnung, daß sich die Nachkriegszeit ihrem Ende nähert. Der Vertrag selbst wird zum wesentlichen Bestandteil der stabilen Friedensordnung, die die Periode der Nachkriegszeit ablöst.

Mit dem Abschluß des Freundschafts- und Beistandspaktes ist die westdeutsche Revanchepolitik, die mit der angestrebten Einverleibung der DDR in das imperialistische Westdeutschland auch die Frontlinie der „Vorwärtsstrategie“ bis zur Oder und Neiße und weiter gen Osten vorverlegen wollte, zur völligen Aussichtslosigkeit verurteilt worden. Daran kann auch der von Bonn projektierte „verdeckte Krieg“ gegen die DDR nichts ändern; denn die Gewährleistung der Integrität der Grenzen ist dazu angetan, in Mitteleuropa darüber hinaus eine Atmosphäre der Ruhe und Entspannung zu erzeugen. Und auffällig mehren sich die Forderungen in der internationalen Öffentlichkeit und in Westdeutschland selbst nach einer Bonner Außenpolitik, die den realen Gegebenheiten endlich Rechnung trägt.

Es sei auch auf den Artikel 3 verwiesen, in dem sich beide Partner verpflichten, „ihre Anstrengungen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt in Übereinstimmung mit den Zielen und den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen zu vereinen“. Diese vertragliche Verpflichtung der DDR, die immer noch nicht UNO-Mitglied ist, stellt einen weiteren überzeugenden Beweis ihrer grundsätzlich positiven Einstellung zu diesem Weltforum dar.

Einen weiteren Problemkreis umfassen die Präambel, Artikel 2 und Artikel 9 des Vertrages. Dort wird festgestellt, daß die DDR, die die Grundsätze des Potsdamer Abkommens realisiert hat, den Weg des Friedens geht und ein wichtiger und stabiler Faktor zur Sicherung des Friedens in Europa sowie zur Abwendung der Kriegsgefahr ist. Im zweiten Absatz des Artikels 2 ist demgegenüber die Verantwortung der

Westmächte dafür festgehalten, daß die Forderungen und Verpflichtungen, die die vier Mächte gemeinsam im Potsdamer Abkommen zur Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus sowie zur Verhinderung einer deutschen Aggression übernommen hatten, im Gebiet der Bundesrepublik bisher nicht erfüllt worden sind. Die Westmächte haben aber die gleichen Pflichten wie die UdSSR, die ihrerseits ihren im Potsdamer Abkommen übernommenen Verpflichtungen ohne Einschränkung nachgekommen ist.

Da ferner im Vertrag festgehalten ist, daß die DDR die Grundsätze von Potsdam verwirklicht hat, wird damit in völkerrechtlich verbindlicher Form auch fixiert, daß die DDR das volle, uneingeschränkte Recht besitzt, so wie es im Potsdamer Abkommen zugesagt wurde, einen „Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen“. Daraus ergibt sich zugleich eine Bekräftigung der völkerrechtlichen Stellung der DDR, die als freier und souveräner Staat, der schmachvollen Last einer imperialistischen Vergangenheit ledig, nicht an Abkommen und Verträge gebunden ist, die sie nicht selbst abgeschlossen oder zumindest bestätigt hat.

Der Artikel 7 unterstreicht, daß angesichts der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen, einheitlichen deutschen Staates nur durch gleichberechtigte Verhandlungen und durch eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten erreicht werden kann. Auf Grund ihres unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Charakters ist das der einzig mögliche Weg zum nationalen Zusammenschluß des deutschen Volkes. Hierbei ist unberücksichtigt, daß die Bundesrepublik infolge der Pariser Verträge noch nicht souverän ist. Aber als sozialistische Staaten achten die DDR und die UdSSR auch die Souveränität des westdeutschen Staates und schließen sich nicht der Haltung der Westmächte an, die zum Beispiel in den Pariser Verträgen festlegten, daß Westdeutschland hinsichtlich seiner Beziehungen zur DDR und in den Fragen der nationalen Wiedervereinigung das Souveränitätsrecht abzusprechen ist.

Der Vertrag nimmt jenen westdeutschen Politikern die Hoffnung, die entgegen der Vernunft auch zwanzig Jahre nach Potsdam nicht von der Illusion lassen wollen, die DDR von den anderen sozialistischen Staaten isolieren und einen Keil zwischen die DDR und die UdSSR treiben zu können. Der Vertrag zwingt unausweichlich gerade in diesen Mona-

ten jene Westdeutschen zum Nachdenken und Besinnen, die den Gedanken einer Annäherung und Verständigung noch immer fremd gegenüberstehen.

Der Vertrag verweist gleichzeitig auf jene Bestimmungen der Pariser Verträge, die die Bundesregierung hindern, selbstständig über ihre Beziehungen zur DDR sowie über geeignete Schritte zur Überwindung der deutschen Spaltung zu verhandeln. Diese ominösen Bestimmungen passen offenkundig nicht mehr in die heutige Zeit; sie sind ein fataler Rest des kalten Krieges und sollten mit dem Übergang von der Nachkriegszeit zu einer stabilen Friedensordnung in Europa schnellstens verschwinden. Mit dem Freundschaftsvertrag, der erneut den Weg dazu weist und den Weltfrieden fördert, erhält auch die UNO-Charta, auf die er übrigens klar Bezug nimmt, neue, so notwendige Impulse.

Die Deutsche Friedensdoktrin

„Angesichts der gefährlichen Konsequenzen der Bonner Politik gegen Entspannung und Verständigung erscheint es mir notwendig, mit einer deutschen Friedensdoktrin allen an Frieden und Entspannung interessierten Völkern und Regierungen den Weg der Ablösung der Nachkriegszeit durch eine stabile Friedensregelung und zugleich der friedlichen Lösung der deutschen Frage zu zeigen. Grundlage ist immer die Anerkennung der Realitäten, so wie sie sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt haben“,

sagte Walter Ulbricht in seiner Ansprache im Kreml nach Abschluß des Freundschaftsvertrages und verkündete zugleich die Deutsche Friedensdoktrin. Sie geht von der Erkenntnis aus, daß der Friede seinen eigenen Wert besitzt, daß er zu den allerhöchsten Gütern zählt und daß er nicht zum Schacherobjekt gemacht werden darf.

Für ganz Deutschland ist die Sicherung des Friedens eine Frage von Sein oder Nichtsein. Damit konzentriert sich alles auf die Sicherung des Friedens in Deutschland – und was in Deutschland selbst, was von außen dazu beigetragen werden kann und was dringlich ist, das erklärt die Deutsche Friedensdoktrin prägnant zusammengefaßt:

- Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen gibt mehr Sicherheit in Europa;
- Anerkennung der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten und die Respektierung ihres Selbstbestimmungsrechts sichern den Frieden in Deutschland und Europa und bahnen

den Weg für die Wiedervereinigung zu einem friedliebenden Deutschland;

● die Normalisierung der Beziehungen der Staaten Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas zu beiden deutschen Staaten fördert die Sicherheit in Europa und die Verständigung der Deutschen.

Die Deutsche Friedensdoktrin steht im Gegensatz zu der berüchtigten „Hallstein-Doktrin“. Die Deutsche Friedensdoktrin will dieser arroganten und in der Praxis längst überholten Politik ein Ende setzen. Entgegen den Bemühungen der „Hallstein-Doktrin“ um die Spaltung der Welt in Parteigänger oder Gegner des Bonner Staates will die Deutsche Friedensdoktrin, daß alle Staaten gute, friedliche Beziehungen zu beiden deutschen Staaten unterhalten, damit die internationale Politik nicht noch weiterhin mit der deutschen Frage belastet wird.

Während der Freundschaftsvertrag die Unantastbarkeit der Grenzen der DDR gewährleistet und somit alle riskanten Pläne gegen sie chancenlos macht, weist die Deutsche Friedensdoktrin den Weg, wie auch andere Staaten zur Vorbeugung eines bewaffneten Angriffs und Konflikts in Deutschland und damit zur Verhinderung einer möglichen Kriegskatastrophe beitragen können.

Die Realisierung der Deutschen Friedensdoktrin, die Ausdruck der schöpferischen und nationalen Politik der DDR ist, stimmt mit den Interessen des Friedens in Deutschland und in der Welt überein. Sie wird den Prinzipien der Potsdamer Konferenz und der Charta der Vereinten Nationen gerecht, und sie stärkt ohne Zweifel die Friedenskräfte auf allen Kontinenten in ihrem Ringen um eine Welt ohne Furcht und kriegerische Bedrohungen, um eine Welt des Friedens und des glücklichen Lebens insbesondere der jungen Generation, der die Leiden und Schrecken blutiger Kriege endlich und für ewig erspart bleiben sollen und müssen.

Wir gedenken der Mahnung, daß das 20. Jahrhundert in seinen ersten zwei Dritteln unbestreitbar eine Unzeit tiefgreifender Völkertragödien war. Wir wissen aber auch, daß diese Zeit geprägt war von der Ausbreitung des Sozialismus und von der Geburt nationaler Staaten, ja ganzer Erdteile. Wir erkennen unsere Pflicht, alle Kraft an die Sache des Friedens zu setzen, und die großen Möglichkeiten, die uns dazu gegeben sind.

- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung vom 28. Juni bis zum 3. Juli 1964 in Prag)
- 122 Dr. Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation

- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit — Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit — Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz — Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland

Verkaufspreis 0,50 MDN — Doppelheft 1 MDN